

Weinbau Kanton Aargau

Weinbau und CVP bedeuten Verwurzelung

Der Aargauer Wein ist ein begehrtes Qualitätsprodukt. Wein ist aber weit mehr als das. Er ist ein Aargauer Kulturgut, das Menschen, Dörfer und Regionen in unserem Kanton prägt und zusammenbringt. Und auch aus der Politik ist er nicht wegzudenken.

Der Weinbau hat im Aargau eine lange Tradition und kann auf eine 2000-jährige Geschichte zurückblicken. Doch so gut wie heute waren die edlen Tropfen aus dem Aargau wohl noch nie. In den letzten Jahrzehnten sind begeisterte Winzerinnen und Winzer neue Wege gegangen und haben dem Wein in unserem Kanton ungeheuren Schub verlieht. Mit viel Professionalität, Hingabe und innovativen Kreationen keltern sie aus den Aargauer Reben einen wahren Weingenuss. Der Aargauer Wein findet weit über die Kantonsgrenzen hinaus Anerkennung und Auszeichnungen.

Weinbaukanton Aargau

Unser Wein und die Aargauer Weinkultur sind so vielfältig wie unser Kanton. Mit rund 400 Hektar Anbaufläche ist der Aargau der viertgrösste Weinbaukanton der Deutschschweiz – im Schnitt werden jährlich 20'000 Hektoliter Wein gekeltert. Der Weinbau prägt das Landschaftsbild in vielen Regionen unseres Kantons und auch das Lebensgefühl der Menschen in den etwa 70 Weinbaudörfern. Vielerorts wird diese traditionsreiche Weinkultur erlebbar gemacht – am Döttiger Winzerfest etwa, auf Weinwanderwegen, im Weinbaumuseum Tegerfelden oder wenn die Aargauer Weinproduzenten im Mai ihre Kellertüren öffnen und zum Degustieren und gemütlichen Beisammensein einladen.

Aargauer Staatsweinkürung

Für die vortreffliche Qualität der Aargauer Weine hat auch der Kanton in den

letzten Jahren einiges unternommen. Ein wichtiger Meilenstein war zum Beispiel die Einführung der kontrollierten Ursprungsbezeichnung (AOC Aargau). Wichtig für den Aargauer Wein ist aber auch die ständige Imagepflege. Auch da hat sich unser Kanton etwas einfallen lassen. Um trotz des Wegfalls der eigenen Staatstrotte im Jahr 2004 offiziellen Staatswein anbieten zu können, wurde ein jährlicher Wettbewerb unter den Aargauer Weinbauern ins Leben gerufen. Die besten Aargauer Weine werden von einer von mir präsierten Staatsweinjury degustiert und bewertet. Und die besten der besten Aargauer Weine erhalten für ein Jahr den Titel „Aargauer Staatswein“. So einfach das Konzept auch ist, so genial ist es: Die Staatsweinkürung ist eine prominente Werbeplattform für den Aargauer Wein. Gleichzeitig würdigt der Kanton das Kulturgut Wein und das grosse Engagement und die hohe Professionalität der Aargauer Winzerinnen, Winzer und Kellermeister. Und schliesslich kommt der Aargau so zu seinem eigenen Wein, den wir stolz an offiziellen Anlässen unseren Gästen aus dem In- und Ausland ausschenken.

Wein und Politik

Für einmal ist man sich über Parteigrenzen hinaus einig: Der Aargauer Wein ist eine Bereicherung für unseren Kanton. Stolz präsentiert der Aargau seine Weine bei Gastauftritten in anderen Kantonen, wie der OLMA oder der Fête des Vignerons im nächsten Jahr, wo der Aargau als Gastkanton dabei ist. Aber auch



Weinlese bei Andreas Meier in Würenlingen.

in der Kantonspolitik spielt der Aargauer Wein eine nicht zu unterschätzende Rolle. Bei einem köstlichen Glas Rebensaft vergisst man parteipolitischen Differenzen, plötzlich finden Standpunkte zusammen, die vorher noch unvereinbar waren. Wein aus den eigenen Böden fördert die Sicht auf das Gemeinsame und Verbindende. Darum passen auch die CVP und der Wein zusammen. Auch wir setzen uns dafür ein, zusammen das Beste für unseren Kanton zu erreichen und gemeinsam Lösungen zu finden. Der Wein und die CVP sind ein starkes Gespann.

Markus Dieth,
Landwirtschaftsdirektor

Europa, wir müssen reden!

Denn wieder einmal geht ein Gespenst um. Diesmal dasjenige des Antisemitismus. Im sächsischen Ostritz, das tönt wie Chaplins Osterlitsch im Grossen Diktator, feierten die Nazis kürzlich den Geburtstag eines Massenmörders. Die «arische Bruderschaft», angeschrieben in Runenschrift, leistete den «Sicherheitsdienst». Das Gelände voll mit «I love Hitler»-Shirts, riesigen Glatzen und erbsenartigen Hirnen. Eine Woche zuvor wird zwei Antisemiten der wichtigste deutsche Musikpreis verehrt. Ausgerechnet anlässlich des Holocaust-Gedenktages in Israel! In Frankreich wird die Auschwitzüberlebende Mireille Knoll ermordet von ihrem muslimischen Nachbarn. In Berlin, an Schulen mit vielen Migranten, werden jüdische Kinder gemobbt. Auf propalästinensischen Demos wird in westlichen Staaten skandiert: «Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein!» Sowie: «Juden ins Gas!». Schweizer Politikerinnen und Politiker rufen dazu auf, nicht bei Israelis zu kaufen und stehen vor Transparenten, die Juden als Blutsauger diffamieren. Im Bundeshaus verkehren Leute, welche die Vernichtung Israels fordern. Tierschützer sprechen von Hühner-KZs. In allen Gremien der Vereinten Nationen, die unter anderem gegründet wurden als Antwort auf den Judenmord im zweiten Weltkrieg, richten sich knapp 85 von 100 ausgesprochene Verurteilungen gegen ein Land, das einen Anteil ausmacht von 0,086 Prozent der gesamten Weltbevölkerung. Ein Land immerhin, in welchem Pressefreiheit herrscht, obwohl es sich seit seiner Gründung im Kriegszustand befindet. Das mache man ihm einmal nach.

Europa, wir müssen reden. Über unsere Werte. Über Rechtsstaat und Demokratie. Über den Fundamentalismus. Den Antisemitismus, der sich nicht im offenen Meinungs austausch manifestiert, aber in der Einseitigkeit der Kritik. Wir haben nichts gegen Juden, ausser, dass sie «Juden» sind... Wir müssen über den Vorsatz reden, der nach dem Krieg omnipräsent war: Nie wieder! Wir müssen die Debatte führen, die sich gegen das Vergessen richtet. Gegen die Geschichtslosigkeit. Die CVP hat diese Debatte angestossen. Es ist keine einfache. Doch würde ich es mir einfach machen, wäre ich schliesslich nicht in der CVP.

Marianne Binder, Grossrätin
und Parteipräsidentin CVP Aargau

«Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!
(Vollgeld-Initiative)»

Hochriskantes Experiment

Die Vollgeldinitiative will eine grundlegende Revision des Schweizer Geld- und Währungssystems. Die geforderte komplette Zentralisierung der Geldpolitik gefährdet aber die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank, verkompliziert und verteuert die Kreditvergabe und führt tendenziell zu weniger Investitionen. Ein Vollgeldsystem wäre für die Schweizer Volkswirtschaft ein hochriskantes Experiment mit ungewissem Ausgang und ist darum klar abzulehnen.



Sabine Sutter-Suter, Grossrätin.

Die Vollgeldinitiative will eine Stabilisierung des Finanzsystems und den Schutz von Kundeneinlagen gewährleisten. Dazu sollen zwei Forderungen umgesetzt werden:

1. Der Schweizer Nationalbank SNB wird das Monopol zur Ausgabe von Buchgeld übertragen.
2. Die SNB soll Geld direkt an Bund, Kantone und Bürger transferieren.

Geldschöpfung heute

Das Schweizer Geldsystem ist zweistufig. Die erste Stufe ist die Geldschöpfung durch die Nationalbank. Die SNB bringt den Schweizer Franken in Form von Münzen und Noten in Umlauf, gewährt den Geschäftsbanken Kredite (sogenannte Giro Guthaben) und kauft Aktien, Devisen oder Staatsanleihen.



Die zweite Stufe ist die Geldschöpfung der Banken, welche bei der Kreditvergabe das Buch- oder Giralgeld schaffen. Der Kredit wird dem Kreditnehmer gutgeschrieben und z. B. durch eine Immobilie als Gegenwert abgesichert. Für die Banken gelten strenge finanzmarktrechtliche Gesetze und Regulierungen, z. B. Kapital- und Liquiditätsreserven, welche die Schaffung von Buchgeld klar limitieren.

Auswirkungen

Die Vollgeld-Initiative will die Geldschöpfung durch Banken verbieten, was negative Folgen für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Nationalbank hätte. Die Banken könnten ihre Sichtguthaben nicht mehr für Kredite verwenden. Kredite wären deshalb wohl komplizierter und teurer zu bekommen, was insbesondere KMU, Hausbesitzer und damit auch Mieter treffen würde. Da neues Geld direkt an den Staat und die Bürger verteilt werden müsste, würde die SNB zum Spielball politischer Interessen.

Sagen wir klar **Nein** zu diesem hochriskanten und unerprobten Systemwechsel.

Sabine Sutter-Suter, Grossrätin

Umfahrung Mellingen: Gordischen Knoten durchschlagen

Mellinger Altstadt vom Verkehr entlasten – Aargauisches Kulturerbe bewahren – Volkswille endlich umsetzen – Umfahrung realisieren – Solidarität mit Mellingen zeigen – Petition unterschreiben unter www.pro-mellingen.ch

Obwohl das Aargauische Stimmvolk vor sieben Jahren seinen Willen bekundet hat, die schöne Altstadt endlich vom Verkehr zu entlasten, ist bis jetzt kein Bagger aufgefahren. Es wurden Einsprachen gemacht und Rechtsverfahren sind am Laufen. Der Unmut wächst. Die CVP Ortspartei hat zusammen mit der Kantonalpartei eine Petition lanciert, um den Gordischen Verkehrsknoten zu durchschlagen. Damit soll der

Umfahrung der Mellinger Altstadt endlich zum Durchbruch verholfen werden und im ganzen Kanton Solidarität mit Mellingen entstehen. Unterdessen unterstützen viele weitere Organisationen die Petition.

Die Website hat Daniel Käppeli, Merenschwand, organisiert. Sie wird zum Erfolg. Bitte unterschreiben Sie auf www.pro-mellingen.ch



Komiteemitglieder „Pro Mellingen“ vlnr: Marianne Binder-Keller, Paul Zürcher, Peter Binggeli, Hans-Peter Koch, Daniel Käppeli.

Bezirk Bremgarten: Zusammenkommen, um weiterzukommen

Viel investieren als staatstragende Partei

Die CVP Bezirk Bremgarten lud die Grossratskandidaten/innen der letzten Wahlen zum Nachtessen ins Restaurant Landhus in Villmergen ein, um gegenseitig in Kontakt zu bleiben und Gedanken austauschen zu können. Beim Apéro wurde über Persönliches diskutiert, es wurden berufliche Erfahrungen geteilt und die Resultate der Wahlen in Zürich analysiert.



Kontaktpflege mit Grossratskandidierenden.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. So ist es wichtig, den Kontakt zu den potenziellen Kandidaten aufrechtzuerhalten. Ziel der Bezirkspartei ist, den verlorenen dritten Sitz zurückzugewinnen. „Dies liegt im Bereich des Möglichen“, äusserte sich Grossrat Harry Lütolf zuversichtlich. Jeder Kandidat müsse persönlich viel dafür investieren. Die CVP sei auf lokaler Ebene, in

den Kommissionen und der Schulpflege stark verankert. Gutes Marketing sei dennoch unverzichtbar. So wird das Wahlkampfthema „sozial-konservativ“ sein, um bisher unbenutzten politischen Raum auszufüllen. Beste Stimmung und Unterhaltung liessen die Zeit dahinfliegen. Kameradschaften und

auch Freundschaften haben sich gefestigt. Unter dem Motto: Zäme stark! zeigten sich einige erneut bereit in den Wahlkampf 2020 einzusteigen.

Ferdinand Weissenbach, Bremgarten
Theres Lepori, Bezirksparteipräsidentin,
Berikon

Parolenspiegel

Eidgenössische Vorlagen

Vollgeld-Initiative NEIN

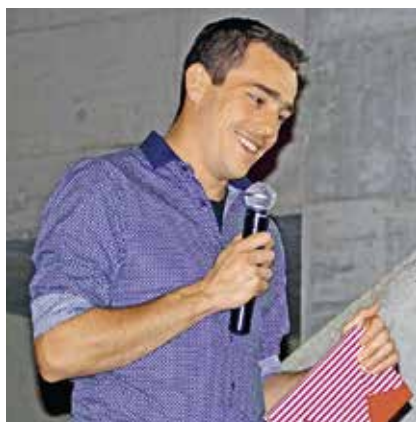
Geldspielgesetz JA

And the CVP-Aargau-OSKAR goes...

to Daniel Marti, Rupperswil
für seine Überflieger-Landung in den Gemeinderat.

Der 29-jährige Daniel Marti schaffte den Einzug in den Rupperswiler Gemeinderat gleich bei seiner ersten Kandidatur. Es war eine Sensation, gab es doch keinen freien Sitz. WARTE-LUEGE-LOSE-LAUFE. heisst sein Motto für das erste Amtsjahr. „Ich bin überzeugt, dass diese Regel nicht nur zur Sicherheit im Strassenverkehr dient, sondern auch zum umsichtigen Umgang mit den Gemeindefinanzen passt.“

Wir danken Daniel Marti für sein Engagement für die CVP und wünschen ihm viel Erfolg nach dem fulminanten Start seiner politischen Karriere.



Der strahlende Sieger Daniel Marti.



Impressionen Parteitag Villigen



Ja zum Geldspielgesetz

Im letzten Jahr hat der Kanton Aargau aus dem Lotteriefonds rund 46,8 Mio. Franken Beiträge ausbezahlt an rund 1000 Organisationen aus Kultur, Sport, Jugendorganisationen, an Bildung und Forschung sowie an soziale Institutionen. Direkt oder indirekt profitieren wir alle vom Lotteriefonds. Deshalb darf uns die Abstimmung über das Geldspielgesetz nicht gleichgültig sein.

Im März 2012 wurde Art. 106 der Bundesverfassung von allen Kantonen und 87% Volks-Ja angenommen. Der Geldspielartikel verlangt, dass Geldspiele eine Konzession des Bundes erfordern, Spielende vor den Gefahren des Geldspiels zu schützen und die Erträge gemeinnützig zu verwenden sind, für die AHV, Kultur, Sport und Soziales.

2016 leisteten die 21 Spielbanken eine Abgabe von 276 Mio. Franken an die AHV. Die Lotteriegesellschaft bezahlte insgesamt 630 Mio. Franken an die Kantone und die Sport-Toto-Gesellschaft. Dem illegalen Angebot im Ausland dürften 400 Mio. Franken zugeflossen sein.

Mit dem neuen Geldspielgesetz wird der Verfassungsartikel umgesetzt. Es regelt die Konzessionen, Abgaben und Suchtprävention. Mittels Internetsperren soll der Zugang zu illegalen ausländischen Spielen verhindert werden.

Gegner behaupten, diese Zugangs-Sperre schränke die Freiheit ein. Es handle sich um eine protektionistische Massnahme und sei ein Präzedenzfall für andere Bereiche. Diese Argumente sind nicht stichhaltig. Es geht nicht um Internetsensur. Es erfolgt keine Kontrolle oder Unterdrückung freier Kommunikation. Der Staat ist vielmehr verpflichtet, nicht bewilligte Geldspielangebote zu bekämpfen und Spielende vor Spielsucht, Geldwäscherei und Betrug zu schützen. Geldspiel ist kein normales Gut wie z.B. Kleider.

Die CVP will keine grenzenlose Freiheit, auch beim Geldspiel nicht. Es macht zudem keinen Sinn, die Schweizer Lotteriegesellschaften und Spielbanken zur Einhaltung von strengen Auflagen und zu Abgaben zu verpflichten, wenn im Internet gleichzeitig ein riesiges Angebot unkontrollierter Geldspiele ungehindert genutzt werden kann.



Ruth Humbel, Nationalrätin.

Ich befürworte klare Regeln beim Geldspiel und will nicht, dass Geldspielerträge ins Ausland fließen, sondern bei uns der AHV sowie den Tausenden von engagierten Menschen in Sport und Kultur zu Gute kommen. Deshalb sage ich klar ja zum Geldspielgesetz.

Ruth Humbel, Nationalrätin

NEIN zu Netzsperrern und Internetsensur

Bei einem Nein zum Geldspielgesetz verliert niemand etwas - es gilt der Status Quo! Die Netzsperrern des neuen Geldspielgesetzes wären die ersten aus rein politischen Gründen. Die Schweiz ist ein wirtschaftsfreundliches Land - Netzsperrern bedeuten digitale Abschottung und Protektionismus.

Das Geldspielgesetz will den Zugang zu ausländischen Online-Geldspielangeboten sperren. Solche Netzsperrern lassen sich aber relativ einfach umgehen. Bei der Vorlage geht es nicht nur um die Frage des Umgangs mit Geldspiel, sondern vor allem auch um einen Grundsatzentscheid zum Umgang mit dem Internet. Ein Ja zum Geldspielgesetz schafft ein Monopol für Schweizer Casinos. Sechs davon gehören aber zu mehr als 95 % ausländischen Unternehmen. Soviel zur Swissness der «Schweizer» Casinos!

«SR Caroni hat noch gefragt, warum nur die bestehenden Casinos solche Lizenzen erwerben dürfen. Ich sage es ganz direkt: Die Casinos haben sich hier durchgesetzt.» (Zitat Bundesrätin Simonetta Sommaruga)

Keine Netzsperrern, kein Monopol für Schweizer Casinos! Darum: NEIN zum Geldspielgesetz.

Michael Kaufmann, Präsident Junge CVP Aargau



Michael Kaufmann, Präsident Junge CVP Aargau.

Agenda

24. Mai 2018

Bezirkspartei Bremgarten: Generalversammlung



10. Juni 2018

Volksabstimmungen

4. Juli 2018

Bezirkspartei Baden: Mitgliederversammlung

17. August 2018

Bezirkspartei Baden: Mandatstreffen

21. August 2018, 19.30 Uhr

Parteitag und Delegiertenversammlung
CVP Aargau

Die Termine finden Sie unter <http://www.cvp-aargau.ch/events>

AZB
5000 Aarau

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@cvp-aargau.ch**

Herausgeber

CVP Aargau,
Mitgliederzeitschrift der CVP Aargau

Erscheinungsweise

4–5× jährlich

Jahresabonnement

Fr. 40.–

Auflage

7650 Exemplare

Administration

Sekretariat CVP Aargau,
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail

info@cvp-aargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen